

## Wahlen

->Legitimität, öff. Meinung, Parlamentarismus, Parteiensystem, Partizipation, Wählerverhalten.

A. *Funktionen.* - Wichtig für die Verfassung der PK sind in demokratie-theoretischer Sicht vor allem folgende Funktionen des Wahlprozesses:

1. Pol. Kommunikation, Orientierung und Aktivierung der Wähler: Information und Diskussion, Interessenartikulation und Mobilisierung für alternative Lösungen öff. Probleme (—>Partizipation).
2. Friedlicher —> Konflikt-Austrag und pol. Integration gegensätzlicher Interessen im Rahmen eines organisierten Pluralismus und konkurrenzdemokr. —>Parteiensystems.
3. Allg. Kontrolle der pol. Elite und Mitbestimmung der Wähler durch demokr. geregelte Entscheidung über die programmatisch-sachlichen und personellen Alternativangebote der Parteien.
4. Parlamentarische Repräsentation (=> Parlamentarismus) und Umsetzung von Wählerinteressen in Regierungsinstitutionen: Bildung parlamentarischer Mehrheiten, von —>Regierung (Koalition) und —>Opposition, Rekrutierung der pol. —> Elite.
5. Demokr. Legitimation und Sicherung von Massenloyalität gegenüber dem pol. System, den Parteien und ihren Entscheidungsträgern (=> Legitimität).

B. *Wahlen (W.) und PK.* - Kritisch zu prüfen ist, inwieweit W. diese Funktionen im Sinne einer herausragenden Partizipationschance für den Wähler tatsächlich erfüllen. Welchen Stellenwert haben W. für die PK, in den Interaktionen zwischen Wählern und pol. System?

W. sind das wirksamste Mittel für die Wähler, um im Sinne einer allgemeinen Richtungskontrolle pol. Parteien und Eliten an der Macht zu hal-

ten oder abzulösen. Da aber wesentliche pol. Entscheidungen aus dem parlamentarischen Prozeß hinausverlagert sind, die Auswahl der Spitzenkandidaten, die Formulierung und praktische Ausfüllung der zur Wahl stehenden Sachprogramme dem Einfluß des Wählers weitgehend entzogen sind und insgesamt das Parteiensystem der BRD nur schwer veränderbar ist, können W. nur eine begrenzt wirksame Mitbestimmung der Wähler gewährleisten. Gelegentlich können die Wähler über stark vereinfachte Alternativen für wichtige Einzelprobleme mitentscheiden. Im ganzen aber sind W. ein sehr diffuses Steuerungs- und Kontrollmittel des Wählers gegenüber Regierung(sparteien) und Abgeordneten. Politik und PK sind in der BRD in wechselnder Intensität bestimmt vom *Wahlkalkül*. Die Parteien suchen ihre Wahlchancen zu verbessern, indem sie die vor allem verteilungspol. orientierten *Interessen* großer Wählergruppen, z.T. vorwegnehmend und stellvertretend, in der öff. Diskussion aufgreifen, in ihrer Programmatik herausstellen und - vom Wähler oft mit Skepsis begleitet - auf sie in der Form mehr oder minder verbindlicher Zusagen eingehen. Zur „Wahlpolitik“ von Regierung und Parteien gehören außerdem verstärkte Ansprache und Leistungen für zahlenmäßig große Wählergruppen, intensive demoskopische Analysen und Öffentlichkeitsarbeit, personelle und programmatische Profilierung (—>Demoskopie, öff. Meinung, Personalisierung).

Die Wähler beurteilen Leistungen und Angebote der Parteien verstärkt im Blick auf ihre Wahlentscheidung (intensive persönliche und kollektive Meinungsbildung, Identifikation (=> Parteidentifikation) und Ablehnung, Aktivierung in Wahlkampforganisationen). Zwischen den Wahlen wechseln unterschiedlich intensive Phasen wertender Vereinfachung komplexer Sachverhalte und parteipol. Präferenzbildung im Bewußtsein der Wähler miteinander ab.

Parteien bzw. Kandidaten einerseits, Wähler andererseits stehen sich in Wahlzeiten als Werber und Umworbene, als Aktivisten und Mobilisierte gegenüber. Gerade zu Wahlzeiten ist *pol. Kommunikation* aber ein sehr ungleichgewichtiger Austauschprozeß zwischen Bürgern und pol. Elite. W. in der BRD sind nicht gekennzeichnet durch den offenen Austrag grundlegender sozialer Konflikte, durch eine informations- und argumentationsreiche, gar gesellschaftskritische Aufklärung über wichtige pol. Probleme und Alternativen. Politisch allzu einfache ideologische oder entpolitisierte Formeln und Programme stehen oft im Vordergrund teilweise ritualisierter Wahlpolitik und undurchschauter ideologischer Integration der Wähler.

C. *W. und Massenloyalität*. - Traditionell gelten in der PK der BRD die institutionell-rechtsstaatlich abgesicherte Freiheit pol. Wahlen und die

## Wahlen

ökonomische Leistungsfähigkeit als die beiden Hauptpfeiler der Sicherung pol. Massenloyalität bzw. demokr. Legitimität des pol. Systems. „Freie Wahlen“ gelten seit Gründung der BRD - nicht zuletzt im Blick auf die DDR - weithin als das Hauptkennzeichen einer freien Gesellschaftsordnung. Die Überzeugung vom demokr. Charakter der W., die Wahlnorm und die Entwicklung von Bindungen gegenüber den Parlamentsparteien im Wahlprozeß bilden wesentliche Bestandteile einer systemsichernden lebenslangen —>pol. Sozialisation. Im Wahlprozeß wird demokr. Legitimität außerdem insoweit hergestellt, als die Wähler überzeugt sind, daß sie durch ihre Entscheidung zur Verwirklichung wichtiger ökonomischer, sozialer, pol. und kulturell-normativer Ziele und Interessen beitragen.

Allerdings ist die über W. erzeugte Systemloyalität nicht uneingeschränkt und widerspruchsfrei oder gar durch manipulative Formierung des Bewußtseins „im Interesse der Herrschenden“ bruchlos herstellbar. Unter der Oberfläche einer vor allem an den drei Bundestagsparteien orientierten Meinungsbildung und Stimmabgabe schlummert ein schwer abzuschätzendes Potential von instabilen, nur „formal“ demokratischen Wertorientierungen, von autoritären Verhaltensmustern und Distanz zum Parteienstaat (—>Alternative Bewegungen, Anomie, demokr. Persönlichkeit, Entfremdung, Radikalismus etc.).

D. *Einstellung zu W.* - Inwieweit folgt der Wähler der Norm, daß man wählen sollte, vor allem aus demokr. Motiven und weniger aus „obrigkeitsstaatlichem“ Pflichtbewußtsein?

Über<sup>4</sup>/s der Wähler waren Anfang/Mitte der 70er Jahre der Auffassung, wählen gehöre zu den Eigenschaften eines guten Staatsbürgers. Konstant seit 1960 meinen knapp über die Hälfte der Wähler, auch diejenigen, denen der Wahlausgang gleichgültig ist, sollten zur Wahl gehen. Das größte *Interesse* fanden 1969/70 Bundestagsw. (37%, in Großstädten doppelt so stark wie in kleinen Gemeinden), dann Kommunalw. (18%, vor allem in kleinen Gemeinden) und schließlich Landtagsw. (4%); für 21% der Wähler waren diese W. „alle gleich wichtig“. Entsprechend staffelt sich die Höhe der *Wahlbeteiligung* mit im internationalen Vergleich bemerkenswert hohen Raten (Bund seit 1953 85-90%, Länder 70-80%; Gemeinden 55-75%) . Insgesamt ist die Wahlnorm in der PK der BRD also sehr stark und wirksam verankert.

Der Wahlausgang stieg im letzten Jahrzehnt für die Bundesbürger *inpersönlicher Bedeutung*: „sehr wichtig“ war er 1969 für ca. 58%, 1972 und 1976 schon für ca. 67% der Wähler. Allerdings machte es 1972 und 1976 für die Hälfte der Wähler „gar keinen“ Unterschied für ihre eigene finanzielle Lage (und die ihrer Familie), welche Parteien nach der Wahl die Re-

gierung bilden; ein gutes Viertel 1972 bzw. ein Drittel 1976 sah immerhin einen „gewissen“ und nur etwa 10% (1972) bzw. ca. 15% (1976) einen „großen“ Unterschied in dieser Hinsicht. „Für sie sehr wichtig“, daß die Partei ihrer Wahl die Regierung bilden kann, war es 1976 48% der Wähler („ziemlich wichtig“ = 31%, „nicht so wichtig“ = 19%). Für die BRD sahen 1976 55% der Wähler einen „großen Unterschied, wer die Wahl gewinnt“; immerhin 21% war dies „gleichgültig“.

Inwieweit sehen die Wähler in der BRD W. als Chance für wirksame pol. *Mitbestimmung* an? Eine wachsende Zahl von Wählern stimmt der Aussage zu: „Ich habe das Gefühl, daß ich an einer pol. Entscheidung mitwirken konnte.“ 1961 waren es erst 32%, 1965 schon 45% und 1976 bereits 49% der Wähler. Allerdings steht für eine etwa gleich große Zahl noch immer der Gedanke der *Pflichterfüllung* im Vordergrund. 1961 gingen 44% der Wähler an die Urnen, „weil es einfach meine Pflicht als Staatsbürger ist“; 1965 traf dies für 42%, 1976 sogar wieder für 47% der Wähler zu. Und „weil es so üblich ist“ wählten 1961 immerhin 8%, 1965 7%, 1976 63% der Befragten. Mindestens für die 60er Jahre läßt sich feststellen: Je stärker das pol. Interesse, je besser informiert, je positiver die Einstellung zum Wahlkampf und je höher die Schichtzugehörigkeit, desto stärker ist das Gefühl, an einer pol. Entscheidung mitzuwirken. Selbst bei den im Vergleich zu den Wählern pol. weniger interessierten und sozial schwächer integrierten *NichtWählern* ist die Wahlnorm beinahe genauso stark verankert. Nur maximal 1/3 der Nichtwähler sind Dauer-Nichtwähler. Als Motiv der Wahlenthaltung dominieren eindeutig (zu ca. 70%) pol. Motive (Gleichgültigkeit, Protest, Sinnlosigkeit der Wahl, Unentschiedenheit) vor allen anderen (z.B. Krankheit, Beruf, Reisen).

Der Überzeugung, daß „man durch Wählen etwas am Gang der Dinge ändern kann“, waren 1957 57% der Wähler, 1972 schon 63%, bei einem allerdings steigenden Anteil von Ablehnenden (1957: 24%, 1972: 30%). 1969 stimmten 62%, 1972 66% der Wähler der Feststellung zu: „Neben den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, Einfluß darauf zu nehmen, was die Regierung tut.“ 1976 stimmten zwar 1/3 der Wähler der Auffassung voll (29%) oder weitgehend (31%) zu, daß sie allg. *Einfluß nehmen* könnten „auf das, was die Regierung tut“; aber der Rest teilt diese Meinung „eher nicht“ (27%) oder „überhaupt nicht“ (13%). 1973 sprachen sich 63% dafür aus, pol. Entscheidungen durch Volksabstimmungen zu treffen und nicht nur den Parteien und Politikern zu überlassen.

*Insgesamt* ergeben diese und zahlreiche andere emp. Befunde ein *widersprüchliches Bild*: Einerseits gilt wählen für die Hälfte der Wähler immer noch primär als staatsbürgerliche Pflicht, wohl stark bestimmt von letztlich obrigkeitstaatlichen Vorstellungen (—>pol. Tradition). Anpassung an selbstverständliche Normen, der Druck von Konventionen und viel-

fältigen sozialen Kontrollen bestimmen hier wahrscheinlich das Verhalten. Eine nicht unbeträchtliche Minderheit der Wähler bleibt innerlich gleichgültig gegenüber W., fühlt sich entfremdet und ohnmächtig gegenüber dem pol. System und dem Ringen der Parteien um die Macht. Die andere Hälfte der Wähler begreift W. als wirksames Mittel, ja weithin als die einzige und entscheidende Möglichkeit, individuell Einfluß zu nehmen auf das pol. Geschehen und die Machtverteilung zwischen den Parteien. Eine langsam, aber stetig steigende Zahl von Wählern ist der Überzeugung, sie könnten die Regierungspolitik wirksam kontrollieren und mitbestimmen.

Die Zahl der von ihren pol. Einflußmöglichkeiten insgesamt nur wenig Überzeugten bildet 1974 bereits die Minderheit (40%), gegenüber den „mittel“ (40%) und „stark“ überzeugten (15%) Wählern. Die in der hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommende starke Verankerung der Wahlnorm und die isolierte Hochschätzung von W. als Teil einer sonst eher partizipationsarmen PK stehen im Gegensatz zu weit verbreiteten Gefühlen der Einflußlosigkeit, Distanz und Gleichgültigkeit gegenüber dem pol. Geschehen. Unübersehbar sind schließlich die Wünsche vieler Wähler nach mehr pol. Mitbestimmung über den gelegentlichen Wahlakt hinaus.

Gerd Meyer

#### **Literatur:**

- Gollern, Friederike / Liefert, Klaus: Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler. In: Wahlforschung. Sonden im politischen Markt. Transfer 2. Opladen 1976, 140-175.*
- Barnes, S. H. / Kaase, Max: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills 1979.*
- Radtke, Günther D.: Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der BRD. Meisenheim am Glan 1972.*
- Steiner, Jürg: Bürger und Politik. Meisenheim am Glan 1972.*
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität Köln: Umfragedokumentationen. Studien zu den Bundestagswahlen 1961 (ZA 055-057), 1965 (ZA 314), 1969 (ZA 426/427, 525), 1972 (ZA 635-637), 1976 (ZA 823). Köln 1977/1978.*